



Protokoll der 33. Sitzung der beratenden Kommission / Cocosol

Datum:	21. November 2023
Ort:	Bundesamt für Justiz, Bern
Zeit:	10 bis 15.00 Uhr

Aktenzeichen: 924-3721/16/3

Vorsitz:	Luzius Mader	Präsident Ehem. Delegierter des EJPD für Opfer von FSZM und ehem. Stv. Direktor Bundesamt für Justiz
Mitglieder:	Urs Allemann-Cafilisch	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe, Betroffener
	Laetitia Bernard	Sozialarbeiterin, ehem. Mitglied Ausschuss So- forthilfe
	Guido Fluri	Unternehmer und Urheber der Wiedergut- machungsinitiative, Betroffener
	Christian Raetz	Ehem. Leiter «Bureau cantonal de médiation VD»
	Theresia Rohr	Betroffene
	Barbara Studer Im- menhauser	Staatsarchivarin des Kantons Bern und Präsi- den- tin der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK)
	Maria Luisa Zürcher	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
Ex officio:	Michael Schöll	Bundesamt für Justiz / Direktor (nur für Trak- tandum 7)
	Reto Brand	Bundesamt für Justiz / Leiter Fachbereich FSZM
	Yves Strub	Bundesamt für Justiz / Fachbereich FSZM / Stv. Kommissionssekretär
Protokoll:	Simone Anrig	Bundesamt für Justiz / Kommissionssekretariat



1 Begrüssung und Mitteilungen

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und begrüsst die Mitglieder der beratenden Kommission zur heutigen Sitzung.

Traktandum 7 wird aus organisatorischen Gründen vorgezogen. In Vertretung von Susanne Kuster (Stv. Direktorin des BJ) würdigt Michael Schöll (Direktor des BJ) die bisher geleistete Arbeit der beratenden Kommission. Er verabschiedet sodann die auf Ende Jahr zurücktretenden Mitglieder, Luzius Mader (Präsident), Urs Allemann-Cafilisch, Laetitia Bernard und Guido Fluri und dankt ihnen für ihre geleistete, wertvolle Arbeit. Sie haben sich – auch ausserhalb der beratenden Kommission – in den vergangenen Jahren stark für die Sache der Opfer eingesetzt. Ein besonderer Dank geht an den Präsidenten, Luzius Mader, der einen entscheidenden Beitrag zum gesamten Aufarbeitungsprozess und insbesondere für das Zustandekommen des Bundesgesetzes über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 (AFZFG) geleistet hat. Seit dessen Inkrafttreten hat er die beratende Kommission umsichtig, verantwortungsbewusst und immer auch kritisch geleitet. Auch die verbleibenden Mitglieder verdienen ein Dankeschön. Das Bundesamt für Justiz (BJ) ist froh, im nächsten Jahr weiterhin auf ihr Wissen und ihre Erfahrung zählen zu können, um insbesondere die Kontinuität der Praxis zu gewährleisten.

Der Präsident dankt Michael Schöll für sein Grusswort. Der Aufarbeitungsprozess sei auf gutem Weg, auch wenn er für die Direktbetroffenen kaum je abgeschlossen sei. Es brauche dafür nicht nur das Engagement einzelner, sondern von vielen Personen. Die Arbeit der beratenden Kommission sei ein kleiner, aber wichtiger Beitrag, der auch von vielen Opfern als hilfreich und wichtig erachtet werde.

Der Präsident kommt anschliessend zurück zum Traktandum 1 (Mitteilungen):

Das Protokoll der letzten Sitzung der beratenden Kommission vom 13. September 2023 wurde bereits genehmigt und wird verdankt.

Die Unterlagen für die heutige Sitzung wurden vor ca. 2 ½ Wochen an die Mitglieder versandt. Offenbar haben sie alle rechtzeitig erhalten.

Der Präsident informiert, dass das NFP 76 „Fürsorge und Zwang“ in die Schlussphase getreten sei und die Arbeiten gemäss Zeitplan verlaufen würden. Mitte Dezember 2023 werde das Leitungsgremium den Synthesebericht verabschieden. Anschliessend erfolge die Vorbereitung des Schlussanlasses, welcher im Mai 2024 stattfinde. Der Abschluss des NFP 76 sei dann eventuell noch der Anlass, dass er in seiner anderen Funktion als Vertreter des Bundes im Leitungsgremium des NFP 76 in der ersten Hälfte des neuen Jahres nochmals eine (letzte) Informationsveranstaltung für die Vertreterinnen und Vertreter der Bundesverwaltung organisiere, um sie betreffend die Ergebnisse des NFP 76 zu sensibilisieren. Dies, damit einzelne Schlussfolgerung daraus in der zukünftigen Tätigkeit dieser Behörden Berücksichtigung finden können.

Reto Brand weist schliesslich noch darauf hin, dass der aktuelle Art. 4 Abs. 6 AFZFG bekanntlich vorsieht, dass der Solidaritätsbeitrag des Bundes in steuer- betreibungs- und sozialversicherungsrechtlicher Hinsicht privilegiert ist und dies von den zuständigen Behörden bei ihren Entscheiden zu berücksichtigen ist. Nachdem nun die Stadt Zürich einen eigenen (städtischen) Solidaritätsbeitrag eingeführt hat (zusätzlich zum Solidaritätsbeitrag nach AFZFG), stellt sich die Frage, ob für den künftigen Umgang mit solchen kommunalen und allenfalls auch kantonalen Solidaritätsbeiträgen eine analoge Regelung auf Bundesebene eingeführt werden soll. Entsprechende Abklärungen sind auf parlamentarischer Ebene im Gang. Unklar sind aber noch gewisse rechtliche (insbesondere auch verfassungsrechtliche) Fragen und es ist abzuwarten, ob es zur formellen Einreichung eines entsprechenden parlamentarischen Vorstosses kommen wird.

2 Gesamterneuerungswahl der Kommissionsmitglieder durch den Bundesrat für die Amtsperiode 2024-2027

Beim Wahlvorschlag des BJ wurde seitens Generalsekretariat EJPD bemängelt, dass keine italienischsprachige Person in der beratenden Kommission vertreten sei. Das BJ hat daraufhin nochmals eine gezielte Suche gestartet und schliesslich einen angepassten Wahlvorschlag (mit den vier bisherigen und fünf neuen Mitgliedern) unterbreitet. Dieser Wahlvorschlag wird nun vom Generalsekretariat EJPD vollumfänglich unterstützt. Die Wahl durch den Bundesrat wird nun demnächst, d.h. noch vor Ende Jahr, erfolgen.

3 Statistische Übersicht zu den Gesuchen für den Solidaritätsbeitrag

Simone Anrig informiert über die Statistik zu den Solidaritätsbeitragsgesuchen (Stand Ende Oktober 2023):

- Von April 2017 bis Ende Oktober 2023 wurden beim BJ insgesamt 11'147 Gesuche eingereicht. Der Anteil im laufenden Jahr beträgt 284 Gesuche (d.h. beim BJ gingen im Jahr 2023 nach wie vor relativ konstant zwischen 20 bis 40 Gesuche pro Monat ein).
- Insgesamt konnten bisher 10'584 Gesuche (94.9%) gutgeheissen und entsprechend Solidaritätsbeiträge in der Höhe von total rund 264.6 Mio. Franken zugesprochen werden (Stand Ende Oktober 2023). 394 Gesuche (3.5 %) mussten hingegen abgewiesen werden (z.B. weil keine unmittelbare und ausreichend schwere Beeinträchtigung als Folge einer Massnahme vorlag oder sich die geschilderten Erlebnisse erst nach 1981 zugetragen hatten). Bei 58 (0.5%) weiteren Gesuchen war aus verschiedenen Gründen gar keine inhaltliche Prüfung möglich (etwa wenn keine oder völlig ungenügende Angaben, auch auf Nachfragen hin nicht). Rund 110 Gesuche sind im Rahmen der Erstprüfung gegenwärtig noch hängig.
- Seit 2017 hat das BJ zudem 50 Einspracheverfahren erledigt¹, 9 weitere Einsprachen sind noch hängig. Das Bundesverwaltungsgericht hat in insgesamt 24 Beschwerdeverfahren ein Urteil gefällt², 1 Verfahren ist noch hängig. Das Bundesgericht hat 1 Beschwerde, welche vom BJ erhoben wurde, behandelt und diese abgewiesen.³

Weitere Zahlen werden vom BJ im Rahmen der jährlichen Statistik auf der Website anfangs nächstes Jahr publiziert.

¹ 9 Einsprachen konnten gutgeheissen und entsprechend der Solidaritätsbeitrag ausbezahlt werden. 41 Einsprachen wurden abgewiesen bzw. es konnte aus formellen Gründen nicht auf die Einsprache eingetreten werden.

² In 12 Fällen wurde die Beschwerde abgewiesen, in 2 Fällen wurde die Beschwerde gutgeheissen bzw. teilweise gutgeheissen, in 10 Fällen wurde das Verfahren abgeschlossen oder auf die Beschwerde nicht eingetreten. Hinweis: In diesen Fällen wurde vorgängig teilweise kein Einspracheverfahren beim BJ durchgeführt (Gründe: Sprungrekurs nach Abweisung des Gesuchs durch das BJ; frühere Praxis des BJ, wonach bei offensichtlich unbegründeten Gesuchen nicht darauf eingetreten wurde und als Rechtsmittel gegen einen solchen Entscheid direkt die Beschwerde ans Bundesverwaltungsgericht erfolgte).

³ Daneben gab es noch 5 weitere Beschwerden von gesuchstellenden Personen ans Bundesgericht, die aber inhaltlich nicht behandelt werden konnten (Nichteintretensentscheide).

4 Diskussion von Einzelfalldossiers

4.1 Fälle aus früheren Sitzungen

Anlässlich früherer Sitzungen hat die beratende Kommission in 2 Fällen um ergänzende Abklärungen durch den Fachbereich FSZM bzw. um einen Aufschub der Beratung gebeten. Diese sind nun erfolgt. Gestützt darauf erfolgt eine erneute Diskussion der Fälle in der beratenden Kommission. Nach eingehender Diskussion werden beide Gesuche zur Gutheissung empfohlen.

4.2 Im Zirkularverfahren geprüfte Fälle (Monatslisten)

3.3.1 Der Präsident stellt fest, dass den Kommissionsmitgliedern seit der letzten Sitzung mit der Monatsliste August 2023 total 55 Fälle und mit der Monatsliste September 2023 total 15 Fälle unterbreitet worden seien, in denen der Fachbereich FSZM eine Gutheissung der Gesuche vorsah.

Der Präsident und ein weiteres Mitglied haben bei beiden Monatslisten je ein paar Fälle stichprobeweise überprüft. Der Präsident hat bei einem Fall noch eine Diskussion anlässlich der heutigen Sitzung gewünscht. Nach Beratung in der Kommission wird in diesem Fall die vom Fachbereich FSZM vorgeschlagene Gutheissung des Gesuchs bestätigt.

3.3.2 Von August bis September 2023 wurden den Kommissionsmitgliedern keine Fälle unterbreitet, bei denen der Fachbereich FSZM eine Abweisung wegen offensichtlicher Unbegründetheit vorsah.

4.3 Neue Fälle

Für die heutige Sitzung wurden der beratenden Kommission 11 neue Gesuche zur Stellungnahme unterbreitet, bei denen der Fachbereich in 3 Fällen eine Abweisung und in 8 Fällen eine Diskussion als Grenzfall vorschlägt. Nach eingehender Diskussion jedes einzelnen Falles empfiehlt die beratende Kommission, 4 Gesuche gutzuheissen und 5 Gesuche abzuweisen. Bei 2 weiteren Gesuchen wird auf die Abgabe einer Empfehlung verzichtet.

5 Valorisierung der Forschungsergebnisse (Orientierung über aktuellen Stand)

Die Massnahmen des BJ zur Verbreitung und Nutzung (Valorisierung) der Ergebnisse der Aufarbeitung der FSZM nehmen weiter Form an: Die beiden Lehrmittel-Projekte (Lern-App und Weiterentwicklung des bestehenden UEK-Lehrmittels) stehen bereits mitten in der Umsetzung. Die Aufträge für die Web-Plattform und die Wanderausstellung (je Konzeption und Gestaltung) wurden vor kurzem im Rahmen einer WTO-Ausschreibung veröffentlicht. Als erster Ausstellungsort für die Wanderausstellung konnte bereits das Historische Museum Lausanne gewonnen werden. Im Oktober fand zudem ein Austausch mit Betroffenen statt mit dem Ziel, von den Teilnehmenden eine Rückmeldung und Einschätzung zu den geplanten Massnahmen zu erhalten. Und schliesslich werden zurzeit die Gesuchsunterlagen erarbeitet für die neuen Finanzhilfen für Vermittlungsprojekte zur Thematik FSZM, welche dem BJ 2024-2028 zur Verfügung stehen werden.

6 Selbsthilfeprojekte (Orientierung über aktuellen Stand)

Das BJ befindet sich weiterhin in Gesprächen mit der Association «agir pour la dignité» bezüglich des Projekts «Enfance volée en Suisse», bei welchem in den nächsten 2-3 Jahren in

der Westschweiz Videoportraits von Betroffenen entstehen sollen, welche unter anderem auch für der Vermittlung der FSZM-Thematik in den Schulen dienen sollen.

Am 8. November 2023 fand ein erster, vom Verein «netzwerk-verdingt» zusammen mit dem Berner Historiker Dr. Daniel Schläppi erarbeiteter Stadtrundgang «Kehrseiten – Stadtrundgang durch das andere Bern» in Form eines finalen Testlaufs statt, der ein sehr positives Echo fand. Das Projekt des Stadtrundgangs (im Wesentlichen durch die Altstadt Bern) greift die FSZM-Thematik auf und führt an Orten vorbei, welche aufgrund ihrer Vergangenheit prägend für die fürsorgerischen Zwangsmassnahmen in der Stadt Bern waren. Die Projektträgerschaft beabsichtigt, das Endprodukt als dauerndes Angebot beizubehalten und befindet sich diesbezüglich in Gesprächen mit möglichen Partnern.

7 Verabschiedung der auf Ende Jahr ausscheidenden Kommissionsmitglieder

Zur Verabschiedung des Präsidenten (Luzius Mader) und der anderen austretenden Mitglieder (Urs Allemann-Cafilisch, Laetitia Bernard und Guido Fluri) durch den Direktor des BJ: siehe Traktandum 1.

Der Präsident bedankt sich seinerseits für die gute Zusammenarbeit in der beratenden Kommission. Mit einzelnen Mitgliedern habe er auch schon zuvor intensiv zusammengearbeitet, insbesondere im Soforthilfe-Ausschuss. Man habe sich in der beratenden Kommission immer bemüht, aus den unterschiedlichen Perspektiven auf die einzelnen Gesuche zu blicken und nach Möglichkeit eine Empfehlung zugunsten der Opfer abzugeben. In praktisch allen Fällen sei die beratende Kommission – teilweise erst nach kontroversen Diskussionen – zu einer einheitlichen Empfehlung gekommen. Auf diesem eingeschlagenen Weg müsse man bleiben. Die beratende Kommission leistete und leistet weiterhin einen wichtigen Betrag zur Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen. Darauf können alle Mitglieder stolz sein. Sein Dank gehe auch an die Mitarbeitenden des Fachbereichs FSZM, welcher die Arbeit der beratenden Kommission immer mit Rat und Tat unterstützt haben.

Guido Fluri hält fest, dass er Luzius Mader enorm dankbar sei für seinen Einsatz zugunsten der Betroffenen. Er habe in all den Jahren Stärke und Kraft bewiesen, um möglichst alle Opfergruppen einzubinden, damit das AFZFG überhaupt geschaffen werden konnte. Die Lobby-Arbeit allein hätte dafür nicht ausgereicht, auch der Beitrag aus der Bundesverwaltung heraus sei nötig gewesen.

Urs Allemann-Cafilisch weist darauf hin, dass sowohl das Talent von Luzius Mader, alle Interessen unter einen Hut zu bringen, als auch die Lancierung der Wiedergutmachungsinitiative durch Guido Fluri wichtige Faktoren gewesen seien, um den Anliegen der Betroffenen eine Stimme zu geben. Er danke aber auch dem Fachbereich FSZM, dessen Mitarbeitende die Gesuche für den Solidaritätsbeitrag immer mit viel Empathie und Sachkenntnis behandeln würden; die Wertschätzung dafür werde gerade etwa von Betroffenen im Erzählbistro immer wieder geäussert.

Laetitia Bernard schliesst sich dem Dank an Luzius Mader und an den Fachbereich FSZM an. Die Thematik der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen habe ihren beruflichen Werdegang in den letzten Jahren stark geprägt. Sie freue sich, dass sie mit ihrer Arbeit in der beratenden Kommission einen Beitrag zur Aufarbeitung der Thematik habe leisten dürfen.

Reto Brand verabschiedet seinerseits im Namen des ganzen Teams des Fachbereichs FSZM kurz die austretenden Mitglieder und bedankt sich für die gute Zusammenarbeit.

8 Verschiedenes

Die nächste Sitzung der beratenden Kommission wird voraussichtlich im Februar 2024 in neuer Zusammensetzung stattfinden. Sobald die Gesamterneuerungswahl durch den Bundesrat erfolgt ist (vgl. Traktandum 2) werden die Sitzungsdaten für das nächste Jahr festgelegt.

Die Sitzung wird um 15.00 Uhr geschlossen.



Procès-verbal de la 33e réunion de la commission consultative (Cocosol)

Date :	21 novembre 2023
Lieu :	Office fédéral de la justice, Berne
Heure :	de 10 h à 15 h

N° de dossier : 924-3721/16/3

Présidence :	Luzius Mader	Président Ancien délégué du DFJP aux victimes de mesures de coercition à des fins d'assistance et ancien directeur suppléant de l'OFJ
Membres :	Urs Allemann-Cafilisch	Ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate, personne concernée
	Laetitia Bernard	Travailleuse sociale, ancienne membre du comité du fonds d'aide immédiate
	Guido Fluri	Entrepreneur et auteur de l'initiative sur la réparation, personne concernée
	Christian Raetz	Ancien chef du Bureau cantonal de médiation du canton de Vaud
	Theresia Rohr	Personne concernée
	Barbara Studer Immenhauser	Archiviste cantonale du canton de Berne et présidente de la Conférence des directrices et directeurs d'archives suisses (CDA)
	Maria Luisa Zürcher	Ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate
Ex officio :	Michael Schöll	OFJ / Directeur (pour le point 7 uniquement)
	Reto Brand	OFJ / chef de l'unité MCFA
	Yves Strub	OFJ / unité MCFA / secrétaire de commission suppléant
Procès-verbal :	Simone Anrig	OFJ / secrétaire de commission



1 Salutations et communications

Le président ouvre la séance à 10 h et souhaite la bienvenue aux membres de la commission consultative.

Le point 7 de l'ordre du jour est avancé pour des motifs d'organisation. Au nom de Susanne Kuster (directrice suppléante de l'OFJ), Michael Schöll (directeur de l'OFJ) adresse ses remerciements aux membres de la commission consultative pour le travail accompli. Il remercie tout spécialement les membres qui terminent leur mandat à la fin de l'année, à savoir Luzius Mader (président), Urs Allemann-Cafilisch, Laetitia Bernard et Guido Fluri. Ils ont fortement œuvré en faveur des victimes des mesures de coercition à des fins d'assistance au cours de ces dernières années, même en dehors de la commission consultative. Il dit également merci à Luzius Mader dont la contribution a été décisive pour l'ensemble du processus de mémoire et notamment pour la création de la loi fédérale sur les mesures de coercition à des fins d'assistance et les placements extrafamiliaux antérieurs à 1981 (LMCFA). Depuis l'entrée en vigueur de la loi, Luzius Mader a présidé la commission consultative avec circonspection et sens des responsabilités tout en conservant un regard critique. Des remerciements sont également adressés aux membres de la commission qui se représentent. L'OFJ est heureux de pouvoir continuer à compter sur leur savoir et leur expérience, en particulier pour garantir la continuité de la pratique.

Le président remercie Michael Schöll et ajoute que le travail de mémoire avance bien, même s'il s'agit d'un chapitre qui ne sera jamais vraiment refermé pour les personnes directement concernées. Dans ce contexte, il souligne également que l'engagement d'une seule personne ne suffit pas, il en faut plusieurs. La commission consultative apporte grâce à son travail une petite contribution, importante toutefois, et qui est également considérée comme utile et décisive par beaucoup de victimes.

Le président revient au premier point de l'ordre du jour (communications) :

Le procès-verbal de séance du 13 septembre 2023 a déjà été approuvé.

Les documents du jour ont été envoyés aux membres de la commission il y a environ 2 semaines ½. Tout le monde les a visiblement reçus à temps.

Le président informe l'assemblée que le PNR 76 « Assistance et coercition » est entré dans la phase finale, et que les travaux avancent conformément à la planification. Le comité de direction approuvera le rapport de synthèse à la mi-décembre 2023. La manifestation de clôture aura lieu en mai 2024. La fin du projet sera l'occasion pour Luzius Mader, en sa qualité de représentant de l'administration fédérale au sein du comité de direction du PNR 76, d'organiser, au courant du premier semestre 2024, une (dernière) séance d'information pour les représentants de l'administration fédérale afin de les sensibiliser au sujet des résultats du PNR 76. Cette séance leur permettrait d'intégrer les conclusions du PNR 76 dans leurs futures activités.

Reto Brand ajoute également que l'actuel art. 4, al. 6, LMCFA prévoit que la contribution de solidarité bénéficie d'un statut privilégié au regard des impôts, des poursuites et des assurances sociales, et que les autorités compétentes doivent en tenir compte au moment de prendre leurs décisions. La ville de Zurich ayant mis sur pied sa propre contribution de solidarité (contribution de la ville, octroyée en plus de la contribution de solidarité au sens de la LMCFA), la question se pose de savoir s'il faut introduire une réglementation analogue à l'échelon fédéral pour la façon de traiter ce type de contributions de solidarité octroyées par des villes ou des cantons. Le Parlement mène des discussions en ce sens. Certaines questions juridiques (en particulier de constitutionnalité) ne sont pas encore clairement réglées, et il faut attendre de voir si une intervention parlementaire sera formellement déposée.

2 Renouvellement intégral de la commission par le Conseil fédéral pour la législature 2024 - 2027

Le secrétariat général du DFJP regrettait qu'aucune personne italophone ne puisse faire partie de la commission à l'avenir au vu des candidats proposés par l'OFJ. C'est pourquoi l'OFJ a procédé à de nouvelles recherches plus ciblées et soumis une nouvelle liste de membres au DFJP (composée des quatre membres qui se représentent et de cinq nouveaux membres). Le secrétariat général du DFJP appuie désormais pleinement cette nouvelle liste. La nomination par le Conseil fédéral aura lieu prochainement, avant la fin de l'année.

3 Statistiques des demandes de contribution de solidarité

Simone Anrig communique les statistiques des demandes de contribution de solidarité (état à la fin octobre 2023) :

- 11 147 demandes ont été transmises à l'OFJ entre avril 2017 et fin octobre 2023. 284 d'entre elles ont été déposées cette année (en 2023, l'OFJ a continué de recevoir une moyenne de 20 à 40 demandes par mois).
- Dans l'ensemble, 10 584 demandes (94,9 %) ont été approuvées et des contributions de solidarité pour un montant total d'environ 264,6 millions de francs ont été versées (état fin octobre 2023). 394 demandes (3,5 %) ont dû être rejetées (p. ex. parce que l'atteinte découlant d'une mesure n'était pas suffisamment immédiate et grave ou que les événements se sont produits après 1981). L'OFJ n'a pas pu procéder à une vérification sur le fond dans 58 autres cas (0,5 %) pour diverses raisons (absence d'informations ou informations trop lacunaires, même suite à des demandes de précisions). L'examen préliminaire d'environ 110 demandes est encore en cours.
- Depuis 2017, l'OFJ a traité 50 procédures d'opposition¹, et 9 sont en suspens. Le Tribunal administratif fédéral a rendu un jugement dans 24 procédures de recours², 1 procédure est encore pendante. Le Tribunal fédéral a traité un recours interjeté par l'OFJ, et l'a rejeté³.

L'OFJ publiera d'autres statistiques annuelles sur son site web au début de l'année prochaine.

¹ 9 oppositions ont été acceptées, et les contributions de solidarité ont été versées. 41 oppositions ont été rejetées, ou il n'a pas été possible d'entrer en matière pour des motifs formels.

² Le recours a été rejeté dans 12 cas, il a été admis ou partiellement admis dans 2 cas, et dans 10 cas, la procédure a été classée ou il n'y a pas eu d'entrée en matière. Remarque : Dans ces cas, il n'y a parfois pas eu d'opposition auprès de l'OFJ au préalable (motifs : recours suite au rejet de la demande par l'OFJ ; ancienne pratique de l'OFJ consistant à ne pas entrer en matière sur les demandes manifestement infondées et recours directement porté au Tribunal administratif fédéral contre ce type de décision).

³ 5 autres recours ont été déposés par des demandeurs auprès du Tribunal fédéral, mais ils n'ont pas été traités sur le fond (décision de non-entrée en matière).

4 Discussion des dossiers individuels

4.1 Cas abordés lors des séances précédentes

À l'occasion de séances précédentes, la commission consultative a demandé pour 2 cas des éclaircissements à l'unité MCFA, qui a livré ses résultats. Après une discussion approfondie, la commission recommande d'accepter les deux demandes.

4.2 Cas traités par voie de circulaire (listes mensuelles)

3.3.1 Le président constate que les listes mensuelles d'août et de septembre 2023 comportaient respectivement 55 et 15 demandes que l'unité MCFA envisageait d'approuver.

Le président et un autre membre ont contrôlé par échantillonnage quelques cas des deux listes mensuelles. Il souhaite discuter encore aujourd'hui d'un cas figurant sur ces listes. Après délibération, la commission confirme la proposition de l'unité MCFA d'approuver la demande.

3.3.2 D'août à septembre, l'unité MCFA n'a pas soumis de demandes aux membres de la commission qu'elle envisageait de rejeter du fait qu'elles étaient manifestement infondées.

4.3 Nouveaux cas

Pour la séance du jour, l'unité MCFA a soumis 11 nouveaux cas à la commission, proposant d'en rejeter 3 et d'examiner plus en détail les 8 autres (cas limites). Après discussion approfondie de chaque cas, la commission recommande d'accepter 4 demandes et d'en rejeter 5. Dans les 2 derniers cas, elle ne fait pas de recommandation.

5 Valorisation des résultats de la recherche (situation actuelle)

Les mesures de l'OFJ pour diffuser et utiliser (valoriser) les résultats de la recherche sur les MCFA continuent à prendre forme : les deux projets relatifs au matériel didactique (application pédagogique et développement du matériel didactique existant de la CIE) sont déjà en cours de réalisation. Les mandats pour la plateforme web et l'exposition itinérante (conception et réalisation) ont été publiés récemment dans le cadre d'un appel d'offres OMC. Le musée historique de Lausanne a déjà pu être choisi comme premier arrêt de l'exposition itinérante. En octobre, un échange avec les personnes concernées visant à obtenir leurs avis et leur évaluation des mesures prévues a eu lieu. Enfin, l'OFJ élabore en ce moment les documents relatifs aux demandes pour de nouvelles aides financières qu'il pourra octroyer aux projets de médiation dans le domaine des MCFA entre 2024 et 2028.

6 Projets d'entraide (situation actuelle)

L'OFJ est encore en discussion avec l'association « Agir pour la dignité », qui prépare des portraits vidéo de personnes concernées en Suisse romande dans le cadre du projet « Enfance volée en Suisse ». Réalisés au cours des deux à trois prochaines années, ces témoignages seront notamment utilisés pour faire connaître la problématique des MCFA dans les écoles.

Le 8 novembre 2023, une première visite guidée « test » de la ville de Berne « Kehrseiten – Stadtrundgang durch das andere Bern » élaborée par l'association « netzwerk-verdingt » s'est déroulée en collaboration avec l'historien bernois, Daniel Schläppi. Les retours sont très positifs. Le projet de visite guidée de la ville (pour l'essentiel en vieille ville) porte sur les MCFA et

passé par des lieux qui, en raison de leur passé, ont joué un rôle dans le domaine des mesures de coercition à des fins d'assistance. Les organisateurs du projet envisagent de faire du produit final une offre permanente ; des discussions à ce sujet sont en cours avec des partenaires potentiels.

7 Remerciements aux membres sortants

Pour les remerciements du directeur de l'OFJ adressés au président (Luzius Mader) et aux autres membres sortants (Urs Allemann-Cafilisch, Laetitia Bernard et Guido Fluri) : voir point 1 de l'ordre du jour.

Le président remercie à son tour les membres de la commission pour la bonne collaboration. Il avait déjà travaillé étroitement avec certains d'entre eux, notamment au sein du comité d'aide immédiate. Il ajoute que la commission consultative s'est toujours efforcée d'examiner les demandes sous différents angles, et dans la mesure du possible d'émettre des recommandations en faveur des victimes. Dans presque tous les cas, la commission consultative est parvenue à formuler une recommandation unanime, même si des débats animés ont dû avoir lieu. Il faut continuer sur cette voie. Selon lui, la commission consultative a fourni et continue de fournir une contribution importante à l'étude des MCFA et tous ses membres peuvent en être fiers. Il remercie également les collaborateurs de l'unité MCFA, qui ont toujours activement soutenu la commission consultative dans son travail.

Guido Fluri souligne qu'il est extrêmement reconnaissant de l'engagement de Luzius Mader en faveur des personnes concernées. Il ajoute qu'il a fait preuve de force et d'énergie durant toutes ces années pour impliquer autant que possible tous les groupes de victimes afin de pouvoir élaborer la LCMFA. Il estime que le lobbying n'aurait pas suffi à y parvenir, mais que la contribution de l'administration fédérale était également nécessaire.

Urs Allemann-Cafilisch souligne que le talent de Luzius Mader pour concilier tous les intérêts et le lancement de l'initiative sur la réparation par Guido Fluri ont été des moteurs importants pour donner une voix aux préoccupations des personnes concernées. Il remercie aussi l'unité MCFA, dont les collaborateurs traitent toujours les demandes de contribution de solidarité avec empathie et compétence et ajoute que les personnes concernées expriment souvent leur gratitude, notamment dans le cadre des bistrots d'échange.

Laetitia Bernard se joint également aux remerciements adressés à Luzius Mader et à l'unité MCFA. Elle souligne que la thématique des MCFA a fortement marqué son parcours professionnel au cours de ces dernières années. Elle est heureuse d'avoir pu contribuer à la valorisation de cette thématique par le biais de son travail au sein de la commission consultative.

Reto Brand prend congé des membres sortants de la commission au nom de tous les collaborateurs de l'unité MCFA et les remercie pour la bonne collaboration.

8 Varia

La prochaine séance de la commission devrait avoir lieu en février 2024, en présence des nouveaux membres. Les dates des séances de 2024 seront fixées une fois que le Conseil fédéral aura procédé au renouvellement intégral de la commission (voir point 2 de l'ordre du jour).

La séance prend fin à 15 h 00.